

Frau Miethke bedankt sich für die vorab beantworteten Fragen zu dem Gespräch zwischen Verwaltung und Kreisjugendamt am 27.02.2020.

Herr Kröder teilt mit, dass bei diesem Gespräch eine Interimslösung in Betracht gezogen wurde. Die Kosten eines Provisoriums würden vom Kreisjugendamt übernommen. Allerdings gibt es noch keinen Plan, wo eine Interim-Kita entstehen könnte.

Dr. Storch gibt an, dass es Gespräche und Verhandlungen mit Grundstücks- und Immobilieneigentümern gibt. Eine Bestandsimmobilie ist weniger geeignet, so dass in Erwägung gezogen wird, einen Neubau mit einem Investor zu errichten. Diese Lösung geht schneller und die Gemeinde ist nicht an die verschiedenen Akteure gebunden.

Herr Jüdes erkundigt sich nach der Interessenbekundung der AWO für die Trägerschaft einer vorgeschalteten, provisorischen Lösung für die neue 2-gruppige Einrichtung.

Herr Kröder erklärt, dass immer ein Interessenbekundungsverfahren gestartet wird und dann können sich die Träger melden.

Herr Jüdes möchte wissen, in welchem Zeitrahmen das passiert.

Herr Kröder teilt mit, wenn alle Rahmenbedingungen geklärt wurden, braucht man ca. 4 Wochen.

Dr. Storch gibt noch ergänzend an, solange die Rahmenbedingungen nicht feststehen, ist auch das Interessenbekundungsverfahren noch nicht möglich. Das wird Aufgabe der kommenden Wochen und Monate sein.

Herr Tillmanns erkundigt sich nach der Zeitschiene bis zur Fertigstellung eines Provisoriums.

Dr. Storch erklärt, dass es nach Vorstellung der Gemeinde nicht mehr um ein Provisorium geht, sondern um einen Neubau mit einem Investor.

Frau Faßbender hat eine Frage zum Baugenehmigungsverfahren für den Kindergarten in der Parkstraße und möchte wissen, ob das Planungsbüro darüber informiert ist, dass der Prozess vom Kreisjugendamt begleitend unterstützt wird, oder dies nur eine Abstimmung zwischen Gemeinde und Kreisjugendamt ist.

Frau Vetter teilt mit, dass sich in dem Gespräch am 27.02.2020 verständigt wurde, dass man bei allen Schritten miteinander in Kontakt bleibt und bei möglichen Fragen dies hausintern koordinieren kann.

Herr Kröder gibt an, dass das Landesjugendamt auch involviert ist und für die Erteilung der Betriebserlaubnis für Kindertageseinrichtungen zuständig ist. Es berät Träger von Einrichtungen während der Planung, ob z.B. alles kindgerecht und die Räume adäquat gestaltet werden.

Frau Faßbender erkundigt sich nach der Möglichkeit, im Neubaugebiet "Josefshöhe" die neue 2-gruppige Einrichtung zu bauen, oder ob die Immobilie der Firma Rembrandtin schon in Erwägung gezogen wurde.

Dr. Storch teilt mit, dass er zu bestehenden Grundstücken oder Immobilien, wo sich Namen hinter verbergen, keine Auskünfte erteilen möchte. Das Neubaugebiet "Josefshöhe" ist zu klein, um dort noch ein Grundstück für die Planung eines Kindergartens bereitzustellen. Allerdings hat es schon ein Gespräch mit einem Grundstückseigentümer gegeben und wenn man das realisieren kann, wäre dies ein Gewinn für Eitorf, betont Dr. Storch.

Frau Schöneberg-Klein fragt nach, ob sie das richtig verstanden hat, dass Bauamtsleiter Herr Derscheid Kontakt mit potenziellen Investoren aufgenommen hat.

Dr. Storch bestätigt, dass Herr Derscheid Gespräche mit Investoren führt und auch den Kontakt zum Kreisjugendamt hat, um Fragen zu den Rahmenbedingungen zu klären.

Herr Kröder gibt an, dass die Betriebskosten der Kindergärten vom Kreisjugendamt verwaltet werden. Von der Verwaltung wurden für das nächste Kindergartenjahr zum 01.08.2020 zu den bereits bestehenden Gruppen, Betriebskostenzuschüsse für weitere 6 Gruppen beantragt.